

Beschlossen auf der außerordentliche Mitgliederversammlung am 26. Oktober 2005

Stellungnahme des Vorstands des Juso-Unterbezirks Braunschweig zu den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen von SPD und CDU

5

Unser Leitbild: der Demokratische Sozialismus. Unser Weg: die Soziale Demokratie!

10

„Politische Demokratie alleine gibt es aber nicht. Soziale und kulturelle Demokratie gehören zur wirklichen Demokratie dazu.“ (Willy Brandt in seinem Abituraufsatz 1932)

15 **1. Präambel**

Der SPD ist es während der heißen Wahlkampfphase gelungen, den Abstand zur Union, der teilweise über zwanzig Prozentpunkte betrug, auf einen Prozent zu verkürzen. Gerade mit ihrer Kritik an den unsozialen Steuerkonzepten von Kirchhof und Merz, in denen gerade Familien und die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen die Steuerentlastung der Spitzenverdiener bezahlen sollen, konnte die Sozialdemokratie die Politikkonzeption der Union als eine Politik der sozialen Kälte entlarven. Die erfolgreich verlaufene Kampagne gegen die Mehrwertsteuererhöhung („gegen Merkelsteuer“) verdeutlichte die von Union und FDP geplante Umgestaltung unserer Gesellschaft. Diese würde sich fatal für Familien, Arbeitsuchende, Rentner, Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen, Schüler und Studenten auswirken.

Basis des Wahlkampfes war das Wahlmanifest, mit dem die SPD das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler erworben hat. Zentrale Forderungen und Positionen dieses Papiers müssen in Regierungsverantwortung Schritt für Schritt realisiert werden. Dabei darf die Sozialdemokratie sowohl Chancengerechtigkeit als auch soziale Gerechtigkeit in ihrem Regierungshandeln nicht in den Hintergrund treten lassen. Vielmehr geht es darum, die Regierungspolitik durch eine klare sozialdemokratische Handschrift zu prägen, die eine zukunftsorientierte und soziale sein muss. Gerade die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit, ein zentrales Thema des Bundestagswahlkampfes, darf die SPD als ihr ureigenstes Feld nicht vernachlässigen.

Dabei gilt es, durch eine intelligente und weitsichtige Politik die Zukunftsthemen wie beispielsweise Bildung und Familie zu besetzen. In diesem Zusammenhang sehen wir es als falsch an, der Union gerade diese beiden Ministerien zu überlassen. Annette Schavan repräsentiert für uns eine Bildungspolitik, die auf einem konservativ- elitären Gesellschaftsverständnis basiert, die Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft benachteiligt.

Wir Jusos setzen hingegen auf eine integrative Bildungspolitik, die Menschen individuell fördern möchte und ihnen Zukunftschancen durch Bildung ermöglicht. Edelgard Buhlman gelang es während ihrer Amtszeit beispielsweise durch eine Bafögreform und das Ganztagsschulprogramm unseren bildungs- und gesellschaftspolitischen Anspruch ansatzweise zu verwirklichen.

50

Wir Jusos haben einen engagierten Bundestagswahlkampf geführt, der uns für unsere weitere politische Arbeit vor Ort motiviert hat. Auch die Menschen in unserer Stadt haben sich für sozialdemokratische Politik interessiert. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass uns viele Bürgerinnen und Bürger nach dem Wahlmanifest gefragt haben –
5 sogar auf dem Manifest. Es gilt nun, die Bürgerinnen und Bürger, die uns besonders in Niedersachsen ihr Vertrauen ausgesprochen haben, nicht erneut zu enttäuschen, sondern zentrale Forderungen des Manifestes umzusetzen die auch in Einklang mit dem Berliner Grundsatzprogramm der SPD stehen.

10 Seit der Abwahl der Regierung Kohl 1998 haben Union und FDP ihre strukturelle Mehrheit in der Bundesrepublik verloren. Es gibt eine linke Mehrheit in Deutschland! Die SPD muss versuchen, viele Menschen dieses Klientels, das links von Union und FDP steht, zu integrieren. So kann langfristig die Vision Willy Brandts – eine Mehrheit mit links – verwirklicht werden.

15

2. Heute morgen gestalten. Den Fortschritt sozial und gerecht ausrichten. Leitlinien sozialdemokratischer Regierungspolitik in einer Großen Koalition

20

Als Leitlinien einer sozialdemokratischen Regierungspolitik sehen wir Jusos als Vertreterinnen und Vertreter der jungen Generation folgende Themenpunkte, die für uns sehr bedeutend sind. Sie sollen als Ansatzpunkte die Richtung unserer Partei vorgeben und stellen für uns ein Kriterium zur Beurteilung der Regierungspolitik dar.

25

a) Für einen handlungs- und zukunftsfähigen Staat

30 *„Der demokratische Staat bezieht seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften. Er ist nicht Selbstzweck, sondern Instrument zur Gestaltung von Gesellschaft.[...] Der Staat soll Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Gesellschaft und Wirtschaft verwirklichen und die dafür notwendige Offenheit der Entscheidungsabläufe garantieren.“*
(Grundsatzprogramm der SPD)

35 Grundlage eines handlungsfähigen Staates stellt unserer Meinung nach eine beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik dar, die auf europäischer Ebene makroökonomisch koordiniert werden muss. Ziel dieser Politik soll unter anderem eine Beschäftigungsförderung und eine Erhöhung der staatlichen Investitionsquote sein. Letztere beginnt auf kommunaler Ebene in Form einer
40 Stärkung der kommunalen Finanzen, die eine zentrale Bedeutung hat, da die Kommunen ein wichtiger Auftraggeber an mittelständische Unternehmen sind. Weil viele Städte und Landkreise heute nicht mehr über die notwendige Finanzkraft verfügen, um Rechnungen zu bezahlen, müssen viele Klein- und Mittelständige Betriebe Insolvenz anmelden.

45

Außerdem ist die kommunale Ebene die Ebene, mit der die Bürgerinnen und Bürger am häufigsten in Kontakt kommen. Gerade die Finanzkraft der Städte und Landkreise muss gestärkt werden, damit die Kommunen langfristig wieder in der Lage sind, ihren Bürgerinnen und Bürgern Dienstleistungen im sozialen und kulturellen Bereich
50 anzubieten.

Dafür erscheint unserer Meinung nach ein leistungsfähiger Staat, der eine gute Infrastruktur und umfassende Vorsorge bietet, unverzichtbar. Eine soziale Vorsorge des Staates, dessen Angebot allen zur Verfügung stehen muss, ist für uns eine zentrale Säule der sozialen Demokratie.

5

Zur Finanzierung der durch den Staat angebotenen Dienste sprechen wir uns an dieser Stelle für die Schließung von Steuerschlupflöchern und einen Subventionsabbau wie beispielsweise Pendlerpauschale sowie Eigenheimzulage aus. Außerdem darf der Spitzensteuersatz von einer sozialdemokratischen Regierung nicht weiter gesenkt werden. Wir begrüßen ausdrücklich die im Wahlmanifest der SPD verankerte Forderung, den Spitzensteuersatz wieder um drei Prozentpunkte zu erhöhen. Eine gerechte Steuerpolitik muss gewährleistet sein. Deshalb wollen wir am System des progressiven Steuersatzes festhalten und fordern nach wie vor die Wiedereinführung der Vermögens- und die Einführung der Luxussteuer. Jede/ jeder muss sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der Finanzierung der staatlichen Finanzen beteiligen. Es gilt der Grundsatz: starke Schultern tragen mehr als schwächere.

10

15

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die die Glaubwürdigkeit der SPD in Frage stellen würde, lehnen wir ab. Gerade durch die Ablehnung der Mehrwertsteuer, sowie der Vorschläge von Merz und Kirchhof hat die SPD das Vertrauen der Menschen gewonnen.

20

Um die Handlungsfähigkeit des Staates wieder herzustellen, sprechen wir uns für die Neuordnung der föderalen Strukturen im Rahmen einer Förderalismusreform aus, wobei wir ein sorgfältig erarbeitetes Konzept fordern. Eine Zwischenlösung, wie beispielsweise die 2003 verabschiedete „Gesundheitsreform“, lehnen wir ab.

25

b) Arbeit und Soziales

30

„Arbeit ist nicht nur Existenzbedingung, sondern entscheidende Dimension menschlichen Daseins. Durch Arbeit produzieren die Menschen nicht nur die Mittel und Dienste, die sie zum Leben brauchen, sondern bestimmen auch ihre Lebensumstände. Arbeit befriedigt menschliche Bedürfnisse und bringt neue hervor. Arbeit und Natur sind Quellen des Reichtums.“

35

(Berliner Grundsatzprogramm der SPD)

Wir Jusos fordern die solidarische Bürgerversicherung als eine langfristige Strukturreform im Gesundheitswesen, die aber auch auf den Pflegebereich übertragen werden soll. Nur so können solidarische Leistungen erhalten bleiben. Wir setzen auf einen aktiven und präventiven Sozialstaat, der auf Solidarität basiert. Eine Zweiklassenmedizin, die Streichung weiterer Leistungen aus dem Angebot der gesetzlichen Krankenkassen sowie die Kopfpauschale der Union weisen wir zurück. Wir wollen, dass Menschen bei Arztbesuchen oder Krankenhausaufenthalten nach ihrem Wohlbefinden befragt werden, keinesfalls aber nach ihrem Geldbeutel und ihrer Krankenversicherung.

40

45

Wir wollen Familien stärken! Dazu begrüßen wir ausdrücklich die im Wahlmanifest der SPD festgeschriebene Forderung nach Einführung eines Familiengeldes. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss unter anderem in Form von zusätzlichen Krippenplätzen, Ganztagsschulprogrammen, Betreuungsangeboten sowie materieller Unterstützungen weiter gefördert und ausgebaut werden. Wir sprechen uns für einen

50

gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen und für gleiche Karrierechancen für Frauen und Männer aus.

5 Wir wollen die sozialen und betrieblichen Mitbestimmungsrechte, die die Gewerkschaften, die SPD und die Arbeiterbewegung jahrelang erkämpft und erstreikt haben, erhalten und ausbauen. Eine Lockerung des Kündigungsschutzes, der Tarifautonomie sowie der betrieblichen Mitbestimmung weisen wir entschieden zurück. Die Steuerfreiheit für Zuschläge auf Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit muss erhalten bleiben.

10 Die duale Berufsausbildung muss erhalten bleiben. Mit großer Sorge erkennen wir, dass zahlreiche Betriebe und die öffentliche Hand den jugendlichen Bewerberinnen und Bewerbern immer weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Alleine in der Stadt Braunschweig fehlten zu Beginn des Ausbildungsjahres 2005 mehr als 2000
15 Ausbildungsplätze. Wir wollen allen Jugendlichen unter 25 Jahren die Möglichkeit geben, eine Berufsausbildung zu absolvieren und mit Erfolg abzuschließen. Deswegen fordern wir die gesetzliche Ausbildungsplatzumlage. Es hat sich gezeigt, dass die Wirtschaft mehrheitlich ihre im Rahmen des Ausbildungspaktes eingegangenen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Praktikumsplätze stellen in unseren Augen
20 keinen langfristigen und qualitativ gleichwertigen Ersatz für eine duale Berufsausbildung dar.

Das Ziel der Armutsreduktion findet in der Diskussion innerhalb der Sozialdemokratie noch zu wenig Beachtung. Der letzte Armutsbericht der Bundesregierung zeigt, dass
25 relative (Kinder)Armut in der Bundesrepublik ein erschreckend hohes Niveau erreicht hat. Dies ist für uns Jusos inakzeptabel. Wir fordern daher, dass die Bekämpfung von Armut als wichtigster Dimension von sozialer Gerechtigkeit in der Großen Koalition im Brennpunkt der Regierungsarbeit steht. Um die Vision von Chancengerechtigkeit in die Tat umzusetzen und Kinder vor Armut zu bewahren, brauchen wir ein notwendiges
30 Maß an Umverteilung durch ein gerechtes Steuersystem und einen funktionierenden Sozialstaat. Mindestens ebenso wichtig ist dabei ein mehrdimensionaler und integrierter Ansatz. Dieser sollte Gesundheitsvorsorge, Erziehungshilfen für Eltern, Bildung und Betreuung beinhalten, um den fatalen „Generationenzyklus“ zu durchbrechen, innerhalb dessen Menschen durch gesellschaftlichen Ausschluss
35 Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben und ungleiche Lebenschancen und Armut an ihre Kinder weitergeben.

40 c) Den ökologischen Umbau fortsetzen!

„[...] Die fortschreitende Zerstörung der Erdatmosphäre, die Vergiftung der Meere und eine drohende Klimakatastrophe, Waldsterben, Grundwasserbelastung, umweltbedingte Krankheiten und die hohen Aussterberaten der Tier- und Pflanzenarten sind die dramatischen Zeichen einer umfassenden Zerstörung unserer natürlichen
45 Lebensgrundlage. Der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft ist zur Frage des Überlebens geworden.“
(Berliner Grundsatzprogramm der SPD)

Die SPD muss eine umweltpolitische Führungsrolle in der Bundesregierung einnehmen und die ökologische Modernisierung Deutschlands fortsetzen und verstärken. Der 1998 eingeleitete Ausstieg aus der Atomkraft ist für uns Jusos eine unverzichtbare
50

Voraussetzung für eine Energiewende in Deutschland. Ziel muss es sein, die Energieproduktivität Jahr für Jahr zu steigern und den Anteil der erneuerbaren Energien schrittweise weiter zu erhöhen.

- 5 Des weiteren fordern wir die SPD auf, die Inbetriebnahme der geplanten Atom-Endlager „Schacht Konrad“ und „Asse“ in unserer Region zu verhindern. Gerade die Schließung des Endlagers Morsleben im ehemaligen Bergwerk bei Helmstedt verdeutlicht die Problematik. Dieses Endlager genügte nicht westlichen Standards und stellte laut Bundesamt für Strahlenschutz ein gewaltiges Risiko dar. Auch das Atom-
10 Zwischenlager „Gorleben“ ist auf seine Daseinsberechtigung hin zu überprüfen. Hier liegen unsere Hoffnungen auf den designierten Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, mit dem wir Jusos gemeinsam in den Landtagswahlkampf 2003 in Niedersachsen gezogen sind, um ein „Atom-Klo Niedersachsen“ zu verhindern.
- 15 Auch gilt es, den privaten Energie- und Wasserverbrauch weiter zu senken. Die Sanierung von Alt-Gebäuden und den Bau von Niedrig-Energiehäusern sind weiterhin zu fördern, um den Gas- und Ölverbrauch zu senken. Auch Aufklärungskampagnen zur Energie- und Wasserverbrauch-Optimierung sind ein sinnvoller Schritt, um ein ökologisches Bewusstsein bei der Bevölkerung zu wecken. Ökologie ist eine
20 gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

d) Durch Bildung Perspektiven schaffen!

- 25 *„Ziel von Bildung ist für uns nicht nur Qualifikation für Beruf und Familie. Bildung hat Eigenwert für die Entfaltung der Person. Bildung soll Verständnis für die eigenen Überlieferungen wecken und Menschen befähigen, sich selbst und andere, auch andere Kulturen und ihre Menschen, zu verstehen. [...] Bildung muss Menschen befähigen, sich mit der Gesellschaft und den Anforderungen der Arbeitswelt kritisch auseinanderzusetzen und mitgestaltend auf sie einzuwirken. [...] Sozialdemokratische Bildungspolitik will fördern statt auslesen.“*
30 (Berliner Grundsatzprogramm der SPD)

Wir möchten, dass sich die SPD für weitere Investitionen in Bildung und Betreuung,
35 Forschung und Entwicklung einsetzt. Dazu gehören der Ausbau der Betreuungsangebote, die ab dem ersten Lebensjahr angeboten werden müssen, weitere schulische Ganztageseinrichtungen, frühkindliche Förderung sowie Sprachförderungen - sofern sie notwendig sind.

40 Wir wollen Menschen die Möglichkeit geben, ihr Leben lang Fort- und Weiterbildungen zu besuchen. Die Durchlässigkeit und Chancengleichheit im Bildungssystem muss gewährleistet sein. Bildungsbenachteiligten müssen staatliche Förderprogramme angeboten werden, so dass die Weiterbildung eine zentrale Säule der Bildung wird. Bildung darf nicht privatisiert werden, sondern muss durch öffentliche Investitionen
45 gestärkt werden. Wir wünschen uns, dass der Zugang zu Bildung nicht vom Einkommen der Eltern und der sozialen Herkunft abhängt.

Unserer Meinung nach muss auch der Besuch des Kindergartens langfristig gebührenfrei sein, um soziale Hürden und Hindernisse abzubauen. Als erster Schritt
50 sollte, wie es im Wahlmanifest verankert ist, das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei sein.

Wir fordern, die Bafög- Förderung weiter auszubauen zu einer wirklich elternunabhängigen Förderung. Die Bafög- Reform, die Edelgard Buhlman als verantwortliche Ministerin konzipiert hat, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

5

Studiengebühren für das Erststudium lehnen wir in jeglicher Form ab. Sowohl allgemeine als auch nachgelagerte Studiengebühren sind in einem hohen Maße unsozial, da durch sie zahlreiche junge Menschen finanziell nicht in der Lage wären, überhaupt ein Studium zu beginnen. Das Studium würde auf diese Weise wieder zu einem gesellschaftlichen und sozialen Privileg, das Menschen auf Grund ihrer sozialen Herkunft verweigert wird. Es muss das Ziel sozialdemokratischer Hochschulpolitik sein, mehr jungen Menschen unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Herkunft ein Studium und damit allen den Zugang zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Führungspositionen zu ermöglichen. Deswegen fordern wir mit Nachhalt ein gebührenfreies Erststudium. Befürworter von Studiengebühren behaupten, durch diese Zahlungen würden die Studierenden zu zahlenden Kunden und würden ihren Beitrag zur Sicherung und zum Ausbau der Qualität von Lehre und Forschung leisten. Dabei wird aber nicht beachtet, dass allgemeine Studiengebühren - auch wenn sie hundertprozentig den Universitäten zu Gute kämen - höchstens 5-10% des Etats decken würden. Dies würde rechnerisch gerade ausreichen, um die Ausstattung einer Universitätsbibliothek zu sichern, keinesfalls aber die Qualität der Lehre und Forschung zu sichern. Damit ist das Hauptargument der Befürworter von Studiengebühren entkräftet. Studiengebühren können nicht als Ersatz für eine ungerechte Steuerpolitik herhalten!

10

15

20

25

e) Internationale Kooperation und Zusammenarbeit für eine bessere Welt!

30

„Solidarität gebietet auch, daß die Menschen in der Dritten Welt die Chance für ein menschenwürdiges Leben erhalten. Kommende Generationen, über deren Lebenschancen wir heute entscheiden, haben Anspruch auf unsere Solidarität.“
(Berliner Grundsatzprogramm der SPD)

35

Wir fordern eine Reform der EU-Institutionen. Nach der Ablehnung der Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ist der Prozess der Vertiefung der Europäischen Union in eine ernsthafte Krise geraten. Der Ausgang der Referenden zeigt eindeutig, dass das bisherige System der EU nicht das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger genießt. Leider ist zu beklagen, dass Europa von vielen Menschen als „bürokratische Angelegenheit“ wahrgenommen wird, über die die „politischen Eliten“ entscheiden. Wir Jusos wünschen uns ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb betrachten wir es als wichtige Aufgabe der Sozialdemokratie in der Großen Koalition einen Beitrag zur Demokratisierung und zu mehr Transparenz der EU zu leisten. Der in der Verfassung vorgesehene Schritt einer Stärkung des Europäischen Parlaments und der europäischen Rolle der nationalen Parlamente weist in die richtige Richtung.

40

45

Wir wollen, dass die SPD in der neuen Bundesregierung ihren Einfluss dahingehend geltend macht, dass die EU nicht in den Zustand einer mehr oder weniger strukturierten Freihandelszone zurückfällt, sondern trotz des jüngsten Rückschlages der Prozess der Vertiefung der europäischen Integration entschlossen weitergeführt wird. Langfristig setzen wir Jusos uns für die Vision von einer „Finalität“, einer „Vollendung“ der europäischen Integration ein.

50

Wir stehen für ein sozial gerechtes Europa! Die Erfahrungen aus Frankreich zeigen, dass die EU in den Augen der Bürgerinnen und Bürger nicht nur häufig als bürokratisches Konstrukt wahrgenommen wird, sondern oftmals auch als Europa der
5 Wirtschaftsinteressen und des Kapitals. Gerade die links eingestellten Menschen in Frankreich haben beim Referendum ihre Zustimmung zur EU-Verfassung verweigert. Wir verlangen von der SPD, dass sie gegenüber CDU/CSU deutlich macht, dass die Sozialdemokratie für ein Europa des sozialen Fortschritts, der sozialen Gerechtigkeit steht, indem neoliberale Tendenzen, Sozial- und Ökodumping keine Chance erhalten.

10 Wir Jusos fordern von der neuen Bundesregierung eine Friedens- und Sicherheitspolitik, die ihr Hauptaugenmerk auf die Prävention von Konflikten mit zivilen Mitteln legt und nicht nur auf militärische Mittel reduziert wird. Militärisch darf nur da reagiert werden wo es zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der Menschenrechte als letztes
15 Mittel im Rahmen einer humanitären Intervention unumgänglich ist. Es ist ein Verdienst Gerhard Schröders und Rot-Grün, diesen Ansatz gegenüber den USA selbstbewusst vertreten zu haben. Wir erwarten vom designierten Außenminister Steinmeier, diese Politik im neuen Bundeskabinett fortzuführen, die zivilen Sicherheitsstrukturen auszubauen und die Bereitstellung der Ressourcen dafür
20 durchzusetzen.

Auch in einer Koalition mit CDU/CSU muss eine ambitionierte Entwicklungspolitik fortgesetzt und weiterentwickelt werden, um unserer Verantwortung für die Eine Welt gerecht zu werden. Vor 25 Jahren legte Willy Brandt als Leiter der Nord- Süd-
25 Kommission den Bericht „Das Überleben sichern“ vor. Die darin beschriebenen Ziele der Schaffung von sozialer Gerechtigkeit, der Bekämpfung von globaler Armut, der Forderung nach sozial und ökologischer Ausgestaltung der Globalisierung sind heute noch hochaktuell. Es muss der Anspruch der SPD sein, mit zu helfen, diese Forderungen in konkrete Politik umzusetzen. Dazu dürfen wir das von der Weltgemeinschaft
30 gesetzte Ziel, bis zum Jahre 2015 den Anteil der extrem armen Menschen um die Hälfte zu reduzieren nicht aus den Augen verlieren. Ein wichtiger Baustein dafür ist die Schaffung von fairen Handelschancen für Entwicklungsländer. Die SPD muss sich in der neuen Bundesregierung für den zügigen Abbau des europäischen und internationalen Agrarprotektionismus einsetzen. Die durch die Industrieländer hervorgerufenen
35 Verzerrungen auf den Weltagarmärkten sind zutiefst ungerecht und widersprechen der internationalistischen Tradition der Sozialdemokratie.

Wir wollen weiter eine deutliche Entschuldung der ärmsten Länder wie jüngst im Fall des von Hunger bedrohten Niger geschehen.

40 Als essentielles Mittel zur Bekämpfung der Armut in der Dritten Welt fordern wir eine Anhebung der Entwicklungshilfe von derzeit 0,51% auf 0,7% des Bruttoinlandsprodukts bis 2015, wie es im Rahmen des Millennium-Abkommens vereinbart wurde.

45 **Es gilt: Der Mut ist links!**



50 **Jusos Stadt Braunschweig**
www.jusos-stadt-braunschweig.de